

Ergebnisse und Forschungsperspektiven: Besatzungsherrschaft zwischen Interessenpolitik und Demokratisierung

Die französische Besatzungszone nach 1945 ist nicht nur eine „Ausbeutungskolonie“ gewesen, um Theodor Eschenburgs einleitend zitiertes Bild noch einmal vereinfacht aufzugreifen. Ebenso ambivalent wie die offiziellen politischen Erklärungen und internen Direktiven der Besatzungsmacht war auch die Praxis ihrer Besatzungspolitik. Die auf eine extensive Nutzung der Zone gerichteten Aktivitäten stehen in der kollektiven Erinnerung und in der Forschung bislang im Vordergrund. Eine genauere Erforschung der Besatzungspolitik fördert jedoch vielfältige Tendenzen zutage, die einem solchen Bild zuwiderlaufen. Dies gilt in ersten Ansätzen bereits seit Sommer 1945. Einerseits zeigen sich — vor allem im Wirtschaftsbereich — besonders harte, wenngleich bislang nur ansatzweise erforschte Maßnahmen; andererseits erweist sich, daß der Südwesten in seinen politischen Entwicklungen den anderen Zonen in manchen Bereichen voraus war.

In der vorliegenden Arbeit wurden Neuordnungsansätze in der Sozialpolitik untersucht. Dabei ergeben sich sowohl Resultate zur Sozialpolitik selbst wie Ergebnisse für den allgemeineren Rahmen der Besatzungspolitik und der Entwicklung des Südwestens im Vorfeld der Bundesrepublik. Die spezielleren Ergebnisse sind in den einzelnen Abschnitten dieser Arbeit differenzierter zusammengefaßt worden. Abschließend seien einige Punkte im Hinblick auf übergreifende Fragestellungen und auch auf Perspektiven, die sich für weiterführende Arbeiten abzeichnen, hervorgehoben.

1. Neuordnungsansätze haben in der französischen Besatzungspolitik ein größeres Gewicht erhalten, als dies bislang erkannt wurde. Der gegenwärtige Forschungsstand entspricht insofern noch weithin den Ergebnissen der politischen Entwicklung, in der vor allem nach der Auflösung der Länder Baden und Württemberg-Hohenzollern, wie etwa Gebhard Müller rückblickend feststellte,¹ für die frühen Entwicklungen im Südwesten kaum mehr ein Interesse bestand. Solche Neuordnungsansätze sind in der Sozialpolitik besonders deutlich.

2. In der Sozialversicherung strebte die Militärregierung 1945 zunächst eine umfassende Einheitsversicherung aller Versichertenkreise an. Dies entsprach alten Forderungen aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Zielsetzungen der zugleich in Frankreich angelaufenen Reformen und Grundtendenzen der internationalen Diskussion, wie sie sich unter dem Eindruck der sozialen Folgen des Krieges seit dem Beveridge-Plan von 1942 entwickelten. Die erste Reform in den Westzonen

¹ Gespräch mit dem Verfasser in Stuttgart, Juli 1980.